



# BRIEF AUS BERLIN

12/2024

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Monate waren von großen Veränderungen geprägt – sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene. Der Sturz des Assad-Regimes in Syrien lässt Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft aufkommen, aber auch die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Situation bleibt bestehen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob eine dauerhafte Stabilisierung der Region möglich ist.

Auch in Deutschland erleben wir einen entscheidenden Wendepunkt: Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Vertrauensfrage gestellt, und der Bundestag hat ihm das Vertrauen entzogen. Neuwahlen im Februar 2025 werden nun über die politische Zukunft entscheiden. Für uns als CSU ist gesetzt, dass wir in dieser Phase Verantwortung übernehmen und klar für die Menschen in Bayern und Deutschland eintreten wollen.

Wir blicken auf ein bewegtes Jahr zurück und gehen in die Weihnachtszeit mit dem Wissen, dass uns die kommenden Monate intensiv fordern werden. Gleichzeitig ist es eine Zeit, um innezuhalten, zur Ruhe zu kommen und Kraft zu schöpfen für das, was vor uns liegt.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien gesegnete Weihnachten und eine besinnliche Zeit im Kreise der Liebsten. Möge die festliche Zeit Ihnen Erholung bringen und uns allen die nötige Stärke für das neue Jahr schenken.

Herzlichst,

Euer

2



**#THEMEN IM  
BUNDESTAG**

4



**#RAINER  
TRIFFT**

# THEMEN IM BUNDESTAG



**hier geht's zu unserem Antrag**



## **Wir fordern: IP-Speicherung für mehr Netzsicherheit!**

Wir als CDU/CSU-Fraktion setzen uns für mehr Sicherheit im Netz und eine bessere Verbrechensaufklärung ein. Unser neuer Gesetzesentwurf fordert die Mindestspeicherung von IP-Adressen, um schwere Straftaten wie Kinderpornografie, Cyberkriminalität und Betrug effektiver zu bekämpfen. Alarmierende Zahlen belegen den Handlungsbedarf: 2022 musste das BKA fast 20.000 Fälle von Kinderpornografie einstellen, weil IP-Adressen nicht gespeichert wurden. In 41 % der Fälle war eine IP-Adresse verfügbar, in 34 % nicht mehr. Der Europäische Gerichtshof hat eine begrenzte Speicherung von IP-Adressen als unionsrechtlich zulässig erklärt. Der Gesetzesentwurf wurde an die Ausschüsse zur Beratung übergeben.

---

## **Gemeinsam gegen Gewalt: Einsatz für den Schutz von Frauen**



**hier geht's zu unserem Antrag**



Gewalt gegen Frauen ist ein unerträglicher Zustand, der in unserer Gesellschaft keinen Platz haben darf. In Deutschland wird jede vierte Frau Opfer von Partnerschaftsgewalt, und jeden Tag versucht ein Partner seine (Ex-) Partnerin zu töten. Das ist alarmierend und zeigt: Wir müssen handeln! Wir als CSU fordern einen neuen nationalen Aktionsplan, der Frauen schützt und Täter konsequent bestraft. Frauenhäuser müssen ausgebaut, Opfer unterstützt und die Gesellschaft für häusliche und digitale Gewalt sensibilisiert werden. Straftaten wie Stalking oder Deepfake-Pornografie müssen härter geahndet werden. Unser Ziel ist klar: Schutz und Gerechtigkeit für Frauen und ein entschiedenes Vorgehen gegen jegliche Form von Gewalt.



# THEMEN IM BUNDESTAG



© DBT/ Marc-Steffen Unger

## Neuwahlen im Februar: Deutschland braucht einen Neuanfang

Die Ampel-Koalition ist gescheitert: Der Bundestag hat Kanzler Olaf Scholz offiziell das Vertrauen entzogen. Mit nur 207 Stimmen für Scholz bei 394 Gegenstimmen war das Ergebnis eindeutig. Neben seiner eigenen Partei haben auch drei Abgeordnete der AfD sowie drei Fraktionslose für ihn gestimmt. Scholz lässt Deutschland in einer schweren Wirtschaftskrise zurück, er hat das Ansehen des Landes in der EU beschädigt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier prüft nun, ob eine stabile Regierung gebildet werden kann, bevor er voraussichtlich den Bundestag auflöst. Ein Neuwahltermin am 23. Februar ist sehr wahrscheinlich. Wir als CSU stehen bereit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen und Kurskorrekturen einzuleiten.

## Endlich Lösungen für bezahlbaren Wohnraum



Die Ampel-Regierung hat ihr Ziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr deutlich verfehlt. 2024 droht mit nur 225.000 Neubauten der niedrigste Wert seit zehn Jahren. Gründe sind explodierende Baukosten, bürokratische Hürden und fehlende Anreize. Statt die Krise entschlossen zu bekämpfen, setzt die Bundesregierung lediglich auf eine Verlängerung der Mietpreisbremse, die den Neubau nicht fördert. Wir als Unionsfraktion fordern echte Lösungen: Steueranreize, Bürokratieabbau, schnellere Genehmigungsverfahren und mehr Förderung für preiswerten Wohnraum. Bezahlbares Wohnen für alle ist unser Ziel. Die Entscheidung über die Mietpreisbremse gehört in die Hände einer neuen, handlungsfähigen Regierung nach der Wahl.

# RAINER TRIFFT

## ... den BDZ



Herrn Liebel vom BDZ konnte ich zu einem interessanten Austausch in meinem Büro begrüßen.

## ... eine BPA-Gruppe aus Straubing



Ich konnte auch die letzte Besuchergruppe diesen Jahres aus der Heimat begrüßen, die auf meine Einladung ein paar Tage in Berlin verbracht hat. Das ist für mich immer eine besondere Freude.

## ... den Bankenverband



Mit Herrn Herkenhoff vom Bankenverband konnte ich ein bereicherndes Gespräch führen.



# RAINER TRIFFT

## ... PwC Deutschland



Auch das Gespräch mit Herrn Koch von PwC Deutschland war sehr interessant.

## ... eine Besuchergruppe des IFH Straubing



Der Besuch und der interessante und nette Austausch mit der Besuchergruppe des Instituts für Hören und Sprache Straubing war für mich eine echte Bereicherung.

## Für Sie erreichbar



### Berliner Büro



Platz der Republik 1, 11011 Berlin



[alois.rainer@bundestag.de](mailto:alois.rainer@bundestag.de)



030 / 227 77420

### Wahlkreisbüro



Schulstraße 1, 94353 Haibach



[alois.rainer.wk@bundestag.de](mailto:alois.rainer.wk@bundestag.de)



09963 / 943 9494